METHODISCHE UND DIDAKTISCHE HINWEISE

Sek.I

Recht in Gesellschaft und Staat

von Marion Schadek-Bätz

Inhaltliche Struktur und methodisch-didaktische Begründung des Heftes

Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein. Was sich Jugendlichen bislang als unverbrüchliche Werte für das friedliche Zusammenleben aller in einer Gesellschaft präsentierte, scheint angesichts der Polykrise – zahlreiche Krisen, die einander überlagern und sich gegenseitig verstärken – plötzlich wieder zur Disposition zu stehen. Im Spannungsfeld zwischen individuellen Sicherheits- und Freiheitsbedürfnissen und verfassungsmäßig garantierten Grundrechten, zwischen Transformationsüberforderung und Verantwortungsbewusstsein, lädt dieses WOCHENSCHAU-Basisheft „Recht in Gesellschaft und Staat" die Lernenden dazu ein, ihre Vorstellung von Gerechtigkeit als gleichberechtigte Stimme in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Dreh- und Angelpunkt ist hierbei die reflektierte Auseinandersetzung mit dem justizförmigen Verfahren, das die Abläufe und Rollen bei einem Gerichtsverfahren genau festlegt.

Ihre Abo-Vorteile der WOCHENSCHAU

1. Die WOCHENSCHAU-Hefte: aktueller als jedes Schulbuch

Mit dem WOCHENSCHAU-Abo erhalten Sie in kurzer Zeit ein Set zu allen lehrplanrelevanten Themen des Politik- und Ökonomieunterrichts. Setzen Sie die Hefte als komplette Unterrichtseinheiten oder in Ergänzung zum Schulbuch zur Gestaltung einzelner Unterrichtsstunden ein. Profitieren Sie von auf den Unterricht zugeschnittenen Materialien mit zentraler Problem- oder Fragestellung, motivierenden Einstiegen, aktuellem Datenmaterial, vielfältigen Schaubildern und präzisen Informationen. Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, methodische Anregungen und Aufgaben liefert die WOCHENSCHAU für die praktische Umsetzung gleich mit!

2. WOCHENSCHAU Digital

Zusätzlich zu Ihrem gedruckten Exemplar erhalten Sie die WOCHENSCHAU Digital als interaktives PDF für die digitale Nutzung. Diese birgt zahlreiche interaktive Elemente: Verlinkungen zu Vorlagen, Lösungen oder Begriffserläuterungen sowie Möglichkeiten zur direkten Bearbeitung.

3. Methodik zu jedem Heft

Auf WOCHENSCHAU-Online erhalten Sie die methodischen und didaktischen Hinweise zu jedem Heft.

4. Exklusives Zusatzmaterial

Auf WOCHENSCHAU-Online stehen zahlreiche digitale Zusatzmaterialien zu jedem Heft bereit, darunter binnendifferenziertes Material, Arbeitsblätter, Methodentipps, Erwartungshorizonte und ergänzendes Material.

5. Die jährliche WOCHENSCHAU-Sonderausgabe

Mit der jährlich erscheinenden Sonderausgaben bilden Sie sich fachlich und didaktisch fort und sind für den Politikunterricht bestens gewappnet.

Der Verlag in den Sozialen Medien

WOCHEN SCHAU VERLAG

Mithilfe unterschiedlicher Methoden entwickeln und erweitern die Lernenden ihre Kompetenzen. Die Konzeption der Aufgaben ist an den sechs Bereichen des Kompetenzrahmens der Kultusministerkonferenz orientiert:

1. Informieren und Recherchieren
2. Kommunizieren und Kooperieren
3. Produzieren und Präsentieren
4. Schützen und sicher Agieren
5. Problemlösen und Handeln
6. Analysieren und Reflektieren

Kapitel 1: Zu viele Regeln?

Der Schwerpunkt der inhaltlich einführenden Seiten liegt auf der Notwendigkeit einer von allen als verbindlich akzeptierten Ordnung für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Grundrechte, deren Einschränkungen während der Corona-Pandemie die Demokratie vor eine große Herausforderung stellten. Die Lernenden machen sich mit den Grund- und Fachbegriffen für ein geregeltes Miteinander im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vertraut. Die Methoden dienen der aktiven und nachhaltigen Aneignung in Vorbereitung auf das sinnerfassende Lesen von unterschiedlichen Arbeitstexten wie Grundgesetzartikeln, Gesetzestexten, Grafik-Legenden oder Meinungsartikeln. Am Beispiel der noch immer anhaltenden Kontroverse um die Verhältnismäßigkeit von Corona-Maßnahmen wie Schulschließungen erkennen die Schüler*innen die zunehmende Komplexität der Ausgangssituationen für in immer kürzeren Abständen notwendig werdende Aushandlungsprozesse von Regeln, die allen gerecht werden sollen.

Auf den Auftaktseiten wird eine Methode für das ganze Heft vorgeschlagen. Die Schüler*innen lernen, wie sie sich für die Bearbeitung des Heftes ein Glossar und einen interaktiven Lernzettel erstellen. Mithilfe des Glossars und des Lernzettels erschließen sich die Schüler*innen wichtige Fachbegriffe und Schlüsselwörter. Auf diesem Weg werden die Schüler*innen von der Alltagssprache zur Bildungssprache begleitet.

Nicht nur mittels des interaktiven Lernzettels können sich die Schüler*innen prüfen. Im Heft finden Ihre Schüler*innen eine Vielzahl an Lösungen zu ausgewählten Aufgaben. So können Ihre Schüler*innen sich das Themenheft eigenständig erarbeiten, sich selbst verorten und einschätzen.

Bieten die Grundrechte genügend Schutz vor Eingriffen?

Die Diskussion um die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 wie Maskenpflicht, verpflichtenden Tests oder Impfungen, Ausgangssperren und Schulschließungen ist auch Jahre später noch in vollem Gange. Wann darf der Staat in die Grundrechte seiner Bürger*innen eingreifen? Wer entscheidet das – und auf welcher Grundlage? In diesem Kapitel vollziehen die Lernenden den Entscheidungspro-zess mithilfe der Regierungserklärung der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel nach. Sie machen sich mithilfe der Methode der Verhältnismäßigkeitsprüfung mit den vier Kriterien legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit vertraut. Hierdurch ler-nen die Schüler*innen ein rechtstaatliches Grundprinzip der Bundesrepublik kennen: Rechts-staatliches Handeln ist an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Dieser Grund-satz begrenzt Eingriffe des Staates in die Freiheitsrechte der Bürger*innen.

© Wochenschau Nr. 5/2024

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

BUNDESTAGSWAHL 2025

Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1125, 16 S., € 19,90

Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2125, 16 S., € 19,90

2025 stehen Wahlen zum Deutschen Bundestag an. Die beiden WOCHENSCHAU-Themenhefte für Sek. I und Sek. II beschäftigen sich mit der Funktion und Bedeutung von Wahlen und Parteien für die Demokratie in der Bundesrepublik.

Dabei lernen die Schüler*innen den Ablauf der Bundestagswahl kennen, setzen sich kritisch mit dem deutschen Wahlsystem auseinander und reflektieren die Rolle von Parteien.

www.wochenschau-verlag.de

Kompetenzerwerb nach Bearbeitung des Kapitels:

Die Schüler*innen können
- sich selbstständig informieren und Sachverhalte eigenständig recherchieren;
- kommunizieren und kooperieren;
- analysieren und reflektieren;
- Probleme lösen und Handlungskompetenzen erlangen.

Kapitel 2: Recht auf mehr oder weniger Sichtbarkeit?

Im Spannungsfeld zwischen sich immer weiter ausdifferenzierenden Lebensentwürfen und dem Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung hierfür müssen Entscheidungen über Anpassungen von Gesetzen getroffen werden. Mithilfe von drei verschiedenen Themenfeldern erkennen die Schüler*innen die Möglichkeiten und Grenzen einer Orientierung der Politik am Pluralismusgebot des Grundgesetzes.

Kinderrechte ins Grundgesetz?

Eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist maßgeblich an der Frage gescheitert, ob der Vorrang des Kindeswohls oder dessen (angemessene) Berücksichtigung in der Verfassung festgeschrieben werden soll. Die Lernenden erkennen, dass trotz dem Bestreben, mehr Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen, eine Verlagerung der Verantwortung von den Eltern zum Staat noch eine Hürde darzustellen scheint.

Im Rahmen einer Talkshow nehmen die Schüler*innen die Rollen der an der Entscheidungsfindung beteiligten Akteur*innen ein und diskutieren den Sachverhalt zunächst aus unterschiedlichen Perspektiven.

Das Recht auf Selbstbestimmung – ein Erfolg?

Seit August 2024 ist es für nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Menschen einfacher, ihren Vornamen und Geschlechtseintrag ändern zu lassen. An die Stelle langwieriger Gerichtsprozesse und psychologischer Gutachten tritt nun für Volljährige eine Selbstauskunft beim Standesamt. Für Minderjährige unter 14 können nur die Sorgeberechtigten die Erklärung gegenüber dem Standesamt abgeben, ab dem vollendeten 14. Lebensjahr können die Minderjährigen das selbst tun, benötigen aber die Zustimmung der Sorgeberechtigten.

dpa • infografik

Unterrichten mit Globus-Grafiken

Für mehr Aufmerksamkeit, Motivation und Lernerfolg

- Erklärgrafiken, Diagramme, Karten und Statistiken zu Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und vielen weiteren Themen
- Mit Begleittexten, Quellenangaben und weiterführenden Links
- Ideal zum Trainieren von Medienkompetenz
- Günstige Einzel- und Schullizenzen
- Mehr erfahren und kostenlos testen:

www.globus-grafik.de

Jede Woche 14 neue, topaktuelle Grafiken!

Globus-Grafik – seit über 75 Jahren. Ein Produkt von dpa-infografik.

(040) 4113-32940 infografik@dpa.com www.dpa-infografik.com

Ob dieser Schritt tatsächlich zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führt oder zu Identitätskrisen vor allem bei jungen Menschen beiträgt, ist in gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Hinsicht umstritten.

Methodisch bearbeiten die Schüler*innen diese Frage mit einem Drabble. Die Lernenden bringen ihre Position zur Bedeutung des Eintrags bestimmter Merkmale in offiziellen Dokumenten in exakt 100 Wörtern auf den Punkt. Das Format fördert eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung und eine Reflexion der hier zugrundeliegenden Wertvorstellungen und Normen.

Kann es zu viele Dönerläden geben?

Die Gewerbemischung vieler Großstädte ist heute durch eine Ballung von Nagelstudios, Handy-Shops und Döner-Imbissen geprägt. Kritiker*innen bemängeln das einseitige Angebot, das andere Gewerbetreibende an den Rand dränge und die Innenstadt sowohl für Einheimische als auch für den Tourismus unattraktiv mache. In Heilbronn fordert eine Initiative nun eine „Obergrenze für Dönerläden". Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft – so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig – wird u. a. auch durch Art. 2 Abs. 1 GG im Rahmen der allgemeinen Handlungsfreiheit gewährleistet. Ein weiteres Argument gegen staatliche Eingriffe ist das Grundrecht auf Gewerbefreiheit nach Art. 12 GG. Andererseits können offenkundige Probleme, die die Gesellschaft mittelfristig schwächen, natürlich auch nicht einfach ignoriert werden. Die Lernenden nehmen verschiedene Perspektiven ein und entwickeln Lösungsansätze, bei denen alle berechtigten Interessen berücksichtigt werden.

Mithilfe eines Gedankenexperiments führen die Schüler*innen eine Methode durch, die an John Rawles' Gerechtigkeitstheorie orientiert ist. Sie ermitteln für die verschiedenen Interessengruppen den jeweils „bestmöglichen Schlimmstfall" und entwickeln daraus Regeln für ein „gerechtes" Stadtentwicklungskonzept.

Kompetenzerwerb nach Bearbeitung des Kapitels

Die Schüler*innen können

- sich Texte durch Fragen erschließen und Antworten begründen;
- im Rahmen einer Talkshow die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz diskutieren;
- multiperspektivisch eine politische Kontroverse betrachten;
- mithilfe eines „Drabble" eine eigene Position begründen;
- diskutieren, wann Eingriffe in die Gewerbefreiheit, das Eigentumsrecht oder das Gleichbehandlungsprinzip verhältnismäßig sind
- mithilfe eines Gedankenexperiments Regeln für ein friedliches Miteinander aushandeln.

Kapitel 3: Demokratie und Gerichte – wer hilft wem?

Das Bundesverfassungsgericht als Hüter der Verfassung?

Die Schüler*innen lernen anhand eines Schaubildes die Aufgaben, Funktionen, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) kennen. Sie ordnen Teilinformationen in den Gesamtzusammenhang ein und prüfen kritisch die Aussagekraft der Darstellung. Sie recherchieren weitere Informationen zum Bundesverfassungsgericht und erstellen mithilfe präziser Prompts für eine KI einen Erklärtext.

Die Methode „Prompten für eine Künstliche Intelligenz" versetzt Schüler*innen in die Lage, Künstliche Intelligenz zielführend und für sich zu nutzen. Es ist wichtig, dass Schü-

© Wochenschau Nr. 5/2024

ler*innen im Unterricht mit den neuen technischen Werkzeugen vertraut gemacht werden, um sie zu befähigen, selbstbestimmt und mündig mit eben jenen Werkzeugen umzugehen. Der kritische Umgang ist ebenso wichtig, wie die Freude am Ausprobieren neuer Technik. Diese Methode kann den Schüler*innen sowohl Spaß im Umgang und der Nutzung vermitteln als auch zeigen, dass es Schwierigkeiten im Umgang mit KI geben kann.

Wie soll das Bundesverfassungsgericht geschützt werden?

Diese Doppelseite befasst sich mit der Frage, welche Vorkehrungen können, dürfen und sollten getroffen werden, um Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht vor extremistischen Einflüssen bewahren zu können.

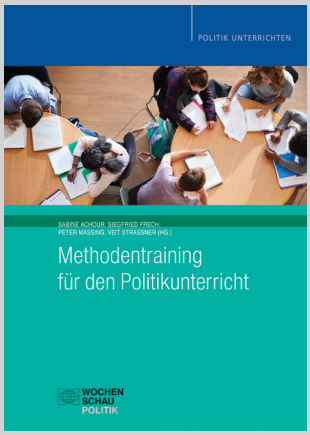
Um Ihren Schüler*innen diese Frage näher zu bringen und alle Lerntypen anzusprechen, werden Links zu einer Audiodatei als auch zu einer Videodatei angeboten. Natürlich können sie auch über einen Text zur Beantwortung der Frage kommen. Dieses binnendifferenzierte Angebot ermöglicht es Ihnen, verschiedene Lerntypen anzusprechen und bietet Materialien auf ähnlichem Niveau.

Schutz der Demokratie durch Parteiverbote?

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es nur zwei Parteiverbote, und die liegen viele Jahre zurück. Zwar wurde die NPD vom Bundesverfassungsgericht 2017 als verfassungsfeindlich eingestuft, aber auch als zu unbedeutend, um wirklich eine Gefahr für die Demokratie darzustellen.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

POLITIK UNTERRICHTEN



hrsg. von Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing und Veit Straßner
ISBN 978-3-7344-0721-5, 336 S. DIN A4, € 39,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0722-2, € 31,99

hrsg. von Sabine Achour, Matthias Busch, Peter Massing und Christian Meyer-Heidemann
ISBN 978-3-7344-0953-0, 312 S., € 22,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0954-7, € 18,99

www.wochenschau-verlag.de

Diese Doppelseite wird durch zwei kontroverse Karikaturen zum Einstieg methodisch begleitet. Die Schüler*innen gehen der Frage nach, ob das Bundesverfassungsgericht es sich zu leicht damit gemacht hat, die NPD nicht zu verbieten.

Zu Beginn ermitteln die Schüler*innen, wer über Parteiverbote entscheidet, wer antragsberechtigt ist und welche Voraussetzungen für ein Parteiverbot erfüllt sein müssen. Auch gehen die Schüler*innen darauf ein, weshalb ein Parteiverbot als die schärfste und überdies zweischneidigste Waffe des Rechtsstaats angesehen wird.

Schutz durch den Staat oder Schutz vor dem Staat?

Der AfD-Politiker Björn Höcke ist zweifellos eine Reizfigur. Dass der ehemalige Geschichtslehrer unwissentlich eine Nazi-Parole bei einer Veranstaltung seiner Partei verwendet haben will, um die Stimmung anzuheizen, erschien dem Landgericht Halle wenig plausibel, weshalb es den Spitzenkandidaten für die Thüringer Landtagswahl zu einer Geldstrafe verurteilte. Eine Freiheitsstrafe lehnte das Gericht als überzogen ab.

Eine ganz andere Linie fährt hingegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die trotz des Gerichtsentscheids des Bundesverwaltungsgerichts an den Verbotsplänen des rechtsextremen Magazins Compact festhält. Die Lernenden orientieren sich im Spannungsfeld zwischen staatlicher Macht und zivilgesellschaftlicher Verantwortung in einem Rechtsstaat. Sie wenden hierfür das Wertequadrat nach Schulz von Thun an.

Zur Methode: Die Lernenden erkennen, dass auch bei weit auseinanderliegenden Vorstellungen gesellschaftliche Regeln ausgehandelt werden können. Referenz hierfür ist das Grundgesetz, das das positive Spannungsverhältnis zwischen den Werten Freiheit und Sicherheit aufrechterhält.

Artikel 18 und 19 GG: Verwirkung – Einschränkung - Rechtsweg

In einer Demokratie sind die Hürden für die Einschränkungen von Grundrechten durch den Staat sehr hoch. Alles aushalten muss sie aber nicht. Immer wieder werden Forderungen laut, dem AfD-Politiker Björn Höcke einige Grundrechte zu entziehen, um Schaden für die Demokratie abzuwenden.

Die Schüler*innen setzen sich auf dieser Doppelseite mit den Artikeln 18 und 19 des Grundgesetzes auseinander. Sie lernen den Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung kennen und lernen auch, den Begriff der wehrhaften Demokratie mit Leben zu füllen.

Am Beispiel der Petition „Höcke stoppen“ von campact lernen die Schüler*innen die Möglichkeiten einer Grundrechtsverwirkung kennen. Allerdings wird auch gefragt, inwieweit eine solche Petition tatsächlich Aussicht auf Erfolg haben kann.

Kompetenzerwerb nach Bearbeitung des Kapitels

Die Schüler*innen können

- Schaubilder analysieren und interpretieren;
- Unter Einsatz von KI Erklärtexte verfassen;
- darlegen, welche Aufgaben das Bundesverfassungsgericht hat und wie man es vor dem Zugriff extremistischer Kräfte schützen kann;
- Karikaturen analysieren.

© Wochenschau Nr. 5/2024

Kapitel 4: Wie wird Recht in den Medien dargestellt?

Dieses Kapitel widmet sich der Begründung von Urteilen und der anschließenden Einordnung durch journalistische Medien. Als kontrovers in der Öffentlichkeit diskutierte Beispiele werden Aktionen der „Letzten Generation“ und die Seenotrettung aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet.

Ein Lesekurs stärkt die Kompetenz der Lernenden, Zeitungsartikel sinnerfassend zu lesen. Zusätzlich schlüpfen die Schüler*innen in die Rolle von Medienschaffenden, die über den Besuch einer Gerichtsverhandlung berichten. Diese Methode hilft den Schüler*innen dabei, Medienberichte kritisch zu hinterfragen.

Wie werden Urteile begründet und wie wird darüber berichtet?

Diese Doppelseite bereitet die Schüler*innen darauf vor, bald schon selbst in einem Gerichtssaal zu sein. Die Schüler*innen überlegen sich anhand von Artikeln über Klima-Aktivist*innen Fragen, die sie Reporter*innen gerne stellen würden und analysieren die Aufmachung der Artikel. Ein Analysekriterium ist die Begründung von Urteilen.

Recht auf Widerstand oder Pflicht zur Einhaltung des Rechts?

Die Schüler*innen lernen anhand einer Kontroverse um das Strafrecht, inwieweit Strafen politisch ist. Fragen sind. Für manche nötigen die „Klima-Kleber“ unbeteiligte Menschen und sollten deshalb betraft werden. Andere sehen diese zumeist jungen Aktivist*innen als kriminalisierte Menschen an, die aufgrund ihrer moralischen Anliegen nicht bestraft werden sollten. Dieser Widerspruch wird an zwei langen Texten aufgezeigt. Die Texte sind schwer verständlich, weshalb sie in eher leistungsstarken Kursen bearbeitet werden sollten. Im Exklusivmaterial, das Abonnent*innen der WOCHENSCHAU zur Verfügung steht, finden Sie die Texte in einer vereinfachten Version.

Kompetenzerwerb nach Bearbeitung des Kapitels

Die Schüler*innen können

- erkennen, wie Urteile begründet werden;
- über eine Gerichtsverhandlung berichten;
- abwägen, ob das Strafrecht verschärft werden sollte.

© WOCHENSCHAU Nr. 5/2024

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

ERGÄNZENDE HEFTE

Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2423, 32 S., € 19,90

Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1620, 32 S., € 19,90

Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2321, 24 S., € 19,90

www.wochenschau-verlag.de

Kapitel 5: Rechtsstaatlichkeit am Limit?

Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wird auch von Befürworter*innen auf die Probe gestellt – etwa dann, wenn Initiativen oder Einzelpersonen Verfassungsklage einreichen. Hinzu kommt eine Überlastung der Gerichte, die dazu führt, dass viele Entscheidungen lange auf sich warten lassen. Die Frage, inwieweit der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in diesem hochsensiblen Bereich ethisch vertretbar ist, wird derzeit kontrovers diskutiert.

Kampf für das Klima mit Hilfe von Gerichten?

Im Zentrum steht die von einer Elfjährigen initiierte Verfassungsklage gegen die Klimapolitik der Bundesregierung. Die Schüler*innen reflektieren die Entscheidung der Schülerin Marlene, einen Brief an die Deutsche Umwelthilfe zu schreiben und entwickeln eigene Handlungsopti-onen, um sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.
Mit der Erstellung eines Pressespiegels werten die Schüler*innen redaktionelle Medien unter festgelegten Gesichtspunkten aus, gewichten die Informationen und erweitern ihre Sachkom-petenz und ihr Orientierungswissen.

Mit Künstlicher Intelligenz zu schnelleren Entscheidungen?

Weder der Begriff der Intelligenz an sich noch der der Künstlichen Intelligenz (KI) werden einheitlich verwendet. Im Kontext schulischen Unterrichts wird KI vorrangig als Teilgebiet der Informatik verhandelt, das versucht, Software und Maschinen zur eigenständigen Bearbeitung und Lösung von Aufgaben zu befähigen, ohne dass jeder Schritt auf dem Weg dorthin vom Menschen programmiert werden muss. Um die anstehenden Fälle effizienter abarbeiten zu können, wird im Rahmen von Projekten der Einsatz von KI-Anwendungen erprobt, die Richter*innen beim Lesen und inhaltlichen Erfassen von Verfahrensakten unterstützen sollen. Die Lernenden diskutieren vor dem Hintergrund erster eigener Erfahrungen mit KI-Anwendungen Chancen und Limitationen von Assistenzfunktionen an der Schnittstelle Mensch-Maschine.

Kompetenzerwerb nach Bearbeitung des Kapitels

Die Schüler*innen können

- einen Pressespiegel erstellen;
- ihre eigene Meinung begründet darlegen und sich positionieren;
- analysieren, inwieweit KI eine Hilfe für die Rechtsprechung sein kann.

© Wochenschau Nr. 5/2024